

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,

zunächst Dank an die Verwaltung für das umfangreiche Werk und vor allem für die Veröffentlichung des Haushaltsentwurfs auf der Homepage unserer Stadt. Damit haben die Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, an dem Beratungsprozess teilzunehmen. Damit ist jedoch mein Antrag **auf Veröffentlichung von Sitzungsvorlagen, Beratungsunterlagen und Sitzungsprotokollen im Internet nicht erledigt.**

In seinem berühmten Theaterstück „Der Geizige“ führt Molière vor, wie sich der Geiz selbst ad absurdum führt. Die Komödie hat im französischen Original den Untertitel L'École du Mensonge, die Schule des Lügens. So lässt sich auch der Zustand der Haushaltsdiskussion beschreiben.

Und dies in mehrfacher Hinsicht:

- 1) Es ist über einen Haushalt zu beraten, über dessen wesentliche Eckdaten nicht in Sindelfingen, sondern in Berlin und Stuttgart entschieden wird
- 2) Die Maßnahmen, die von der Verwaltung vorgeschlagen werden, um das strukturelle Defizit zu begrenzen, sind ungeeignet, weil nicht nachhaltig und werden das Defizit noch vergrößern
- 3) Es gibt keine Bereitschaft der Verwaltung und der Mehrheit des Gemeinderats über die Erhöhung der Gewerbesteuer auch nur nachzudenken
- 4) Die einzelnen Maßnahmen sind auch nicht vollständig durchdacht und daher nur Flickwerk

Zu 1.

Zunächst muss man sich fragen: Warum hat eine der früher reichsten Gemeinden in Deutschland ein strukturelles Defizit von 10 Millionen Euro. Was ist passiert? Hat sich die Stadt mit einem Prestigeobjekt übernommen? Hat der Stadtkämmerer etwa das Geld der Stadt auf den Finanzmärkten verzockt? Oder sind die größten Gewerbesteuerzahler der Stadt Pleite gegangen? Von alledem kann nicht die Rede sein. Die strukturelle Unterfinanzierung der Kommunen ist leider ein weit verbreitetes Phänomen und ich kann ihnen berichten, dass den Finanzausschuss jede Woche einstimmige Resolutionen von kommunalen Gremien aus NRW, Hessen und Sachsen erreichen, die von dieser Unterfinanzierung berichten und die Bundesregierung auffordern, endlich dafür zu sorgen, dass die verfassungsmäßige finanzielle Ausstattung der Kommunen erfolgen möge.

Wie die meisten Kommunen läuft auch Sindelfingen Gefahr, in eine „Vergeblichkeitsfalle“ zu rutschen. Selbst wenn wir noch die letzten „Reserven“ im Haushalt erschließen – uns hoch verschulden, alle freiwilligen Aufgaben einstellen und die Gebühren sowie Beiträge für unsere Bürgerinnen und Bürger drastisch erhöhen – reichte es bei weiten nicht, die bis 2013 auf uns zukommenden riesigen Einnahmeausfälle bei gleichzeitig enorm steigender Ausgabenbelastung (z.B.

Anspruch auf Kindertagesbetreuungsangebote 2012 ,Plätze für unter Dreijährige, steigende Kosten der Unterkunft und Investitionsstau) auszugleichen.

Auch Sindelfingen sollte sich daher in die Front der protestierenden Kommunen Deutschlands einreihen und sich mit ihnen gegen die die Kommunen gefährdenden Steuersenkungspläne von Schwarz-Gelb zu wehren.

Dass der Steuerkuchen kleiner geworden ist, ist kein Schicksal, sondern konkretes Ergebnis einer Steuerpolitik, die auf die Erhebung von Steuern verzichtet und Gesetze verabschiedet hat, die dazu geführt haben, dass die Gemeinden, damit auch Sindelfingen immer weniger Einnahmen aus der Gewerbesteuer hatten.

Daran sind mit Ausnahme der Freien Wähler alle Parteien, die hier im Gemeinderat sitzen und jetzt Krokodilstränen vergießen, beteiligt gewesen. Diese Wahrheit muss klar ausgesprochen werden.

Hauptursache für die prekäre Lage der Kommunalfinanzen ist eine Steuersenkungspolitik beginnend unter Rot-Grün, über Rot-Schwarz bis hin zu Schwarz-Gelb, d.h. seit nunmehr gut 10 Jahren. Folgen sind: eine gigantische Umverteilung von unten nach oben und Milliarden an Einnahmeverlusten für die öffentliche Hand.

Noch nie in der Geschichte unseres Landes war die Gesellschaft so reich wie heute, wobei jedoch dieser Reichtum sehr ungleichmäßig verteilt ist. Nach dem letzten Reichtums-Bericht der im Auftrag der Bundesregierung erstellt wurde, besitzt ein Zehntel der gesamten Bevölkerung knapp über 2/3 des gesamten Nettovermögens. Zur gleichen Zeit waren die Kommunen in einer finanziellen Not, wie es in unserer Geschichte noch nie der Fall war.

Schauen wir uns die Fakten an:

Wir hatten unter Bundeskanzler Kohl einen Spitzensteuersatz von 53 Prozent, eine Körperschaftssteuer von 45 Prozent. Die Veräußerungsgewinne bei Verkauf von Gesellschaftsanteilen mussten voll besteuert werden. Der Bäckermeister hatte beim Verkauf seines Betriebs den halben Steuersatz zu zahlen.

Die Reformpolitik der rot-grünen Koalition hatte zu Folge, dass der Spitzensteuersatz von 53 % auf 42 % gesenkt wurde, die Körperschaftsteuer von 45 Prozent auf 25 und später sogar auf 15 % gesenkt wurde. Und bei Veräußerungsgewinnen musste der Bäckermeister statt des halben Prozentsatzes den vollen Prozentsatz bezahlen, während die großen Konzerne beim Verkauf ihrer Anteile ihre Veräußerungsgewinne überhaupt nicht mehr versteuern mussten.

Systematisch wurde durch die Steuerpolitik zugelassen, dass sich die großen Konzerne aus der Finanzierung der gesellschaftlichen Aufgaben verabschieden konnten und nur noch die Lohnabhängigen und der Mittelstand belastet werden.

Die schwarz-gelbe Koalition lässt für ihre Wahlgeschenke an die Reichen, die Hoteliers und Erben ebenfalls die Kommunen bluten. Allein die Verluste in der Einkommenssteuer aus dem so genannten Wachstumsbeschleunigungsgesetz, den viele Stadtkämmerer als Schuldenbeschleunigungsgesetz bezeichnen, bringt der Stadt Sindelfingen Mindereinnahmen von 600.000 € jährlich, wie auf meine Nachfrage errechnet wurde. Dies entspricht fast dem Betrag, den Sie im KiTa-Bereich einsparen wollen.

Die FDP hat sich vorgenommen, die Gewerbesteuer abzuschaffen. Die von der Bundesregierung eingesetzte Kommission soll laut Koalitionsvertrag diese Forderung ergebnisoffen prüfen.

Die Abschaffung der Gewerbesteuer soll den Gemeinden dadurch schmackhaft gemacht werden, dass sie mehr Anteile an der Umsatzsteuer erhalten. Aber will der Bund den Kommunen etwas abgeben? Der Koalitionsvertrag sagt klar: Nein. Auch für Bund und Länder soll das Ganze „aufkommensneutral“ abgehen. Wie kann das Problem mit der Umsatzsteuer gelöst werden? Nur mit einer Erhöhung der Umsatzsteuer! Das ist keine Unterstellung, sondern ein mathematisches Gesetz. Der OB von Ulm Ivo Gönner (SPD) fordert es bereits, auch wenn ihn die SPD-Führung zurück zu pfeifen versucht.

Das Ziel heißt also: gewinnstarke Unternehmen von der Finanzierung der kommunalen Infrastruktur zu befreien, in dem man die Last den Verbrauchern aufbürdet. Ein „Ersatz“ durch die Umsatzsteuer würde nach Schätzung des Münchner OB Ude bedeuten, dass jeder hier lebende Mensch – von Baby bis zur Rentnerin – mit durchschnittlich 1.000 € im Jahr zusätzlich belastet wird. Warum sagt dies niemand offen und ehrlich? Die zweite Ersatzmöglichkeit heißt: „Lohn – und Einkommenssteuer“. Also eine drastische Mehrbelastung aller Berufstätigen. Das wäre das Gegenteil der frohen Botschaft „mehr Netto vom Brutto“. Wir haben als LINKE beantragt, die Gewerbesteuer zu einer Gemeindegewerbesteuer weiter zu entwickeln. Dann müssen auch die Freiberufler, wie z.B. die Rechtsanwälte einzahlen.

Eine Umkehr in der Finanz - und Steuerpolitik ist dringend erforderlich. Das bedeutet vor allem die Wiedereinführung des Leistungsfähigkeitsprinzips in der solidarischen Finanzierung von Bund, Ländern und Kommunen.

Zu 2)

Und damit komme ich zum zweiten Punkt:

Im Mittelpunkt jeder Anstrengung zur Haushaltskonsolidierung muss die Frage stehen, welche Auswirkungen die finanzwirtschaftlichen Maßnahmen auf die nachhaltige Lebensqualität der Bevölkerung haben.

Es ist ein ökonomischer Unsinn, wenn die öffentliche Hand in der wirtschaftlichen Krise ihre Ausgaben und ihr Personal reduziert. Denn diese Maßnahmen schwächen die Binnennachfrage, was wiederum zu Mindererträgen der Unternehmen führt und damit zu noch mehr Steuerausfällen, die das strukturelle Defizit der kommunalen Finanzen vergrößern.

Dies lässt sich auch an einzelnen Maßnahmen belegen, die der Gemeinderat in seiner Klausur mehrheitlich, gegen meine Stimme befürwortet hat.

Nehmen wir die Problematik der Reinigungskräfte. Da wird gesagt, niemand würde entlassen. Aber so einfach können Sie es sich nicht machen, meine Damen und Herren, denn die befristeten Verträge der betreffenden Reinigungskräfte sollen nicht verlängert werden. Das ist nichts anderes als Entlassen, nur ohne Kündigungsbrief. Die Erledigung der Reinigungsarbeiten geht nicht nur zwangsläufig zu Lasten der Reinigungsqualität, wie alle Erfahrungen zeigen, sondern die Lohneinbußen bei den Betroffenen, werden zur Folge haben, dass diese später eine Rente haben werden, von der sie nicht leben können. Sie werden auf Transferleistungen des Staates, der Kommune angewiesen sein. Daher kann von Nachhaltigkeit ihres Handelns nicht die Rede sein.

Auch die Ersetzung der sozialversicherungspflichtigen Verhältnisse in der Musikschule zu Gunsten von Honorarverträgen, für die Sie Ihre Hand gehoben haben, ist wenig nachhaltig. Die Menschen, die unsere Kinder in Musik unterrichten, haben sich mit ihrer Berufswahl- ich unterstelle aus Liebe zur Musik - für eine brotlose Kunst entschieden. Aber warum wollen Sie Ihnen ein Stück sozialen Sicherheit nehmen, die sie bisher hatten? Das Ergebnis ist für diese Menschen, dass sie in den Schulferien keine Einnahmen haben, keine Sozialversicherung etc. Auch bei diesem Personenkreis ist damit zu rechnen, dass er irgendwann bei der Stadt Transferleistungen beziehen muss, schon deswegen, weil die Vermieter vermutlich darauf bestehen werden, dass die Miete auch im August gezahlt wird.

Die Stärke eines Gemeinwesens bemisst sich daran, wie es mit den Schwächsten der Gesellschaft umgeht. Die Kürzungen in diesem Bereich offenbaren das geringe Maß an sozialer Verantwortung der Gemeinderatsmehrheit. Meine Unterstützung erhalten sie dafür nicht.

Unterstützung bekamen sie von mir auch nicht als sie beschlossen hatten, die Hauptschule Klostersgarten zu schließen. Auch wenn Sie ständig beteuern mögen, die Schließung der Hauptschule am Klostersgarten habe nichts mit Ihrem Kürzungspaket zu tun, sondern sie sei den zurückgehenden Schülerzahlen geschuldet, kann Ihnen der Vorwurf nicht erspart werden, dass Sie in ein gut funktionierendes System eingegriffen und nicht bei einem Runden Tisch nach Lösungen gesucht haben, wie man im Klostersgarten z.B. ein Schulzentrum für alle Schüler hätte erhalten können. Auch hier ist wenig von Nachhaltigkeit zu spüren und ich hoffe sehr, dass die Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit des Bürgerentscheids nutzen, um es Ihnen am 2.Mai durch ein JA zum Bürgerentscheid zu verdeutlichen.

Zu 3.

Warum wird nicht stärker über die Einnahmeseite nachgedacht? Und wenn, dann werden nur den Nutzern städtischer Einrichtungen weitere Belastungen zugemutet. Ich hatte bereits am 30.11.2009 einen Antrag eingebracht den Gewerbesteuersatz von 370 v.H. auf 415 v.H. zu erhöhen. Das entspräche dem Gewerbesteuersatz von Mannheim und läge immer noch 5%-Punkte unter dem Hebesatz von Stuttgart. Aber die Verwaltung lässt über den Antrag nicht einmal eine Abstimmung zu. Sie werden doch nicht behaupten wollen, dass in Mannheim oder Stuttgart der Sozialismus ausgebrochen ist, nur weil dort das Gewerbe stärker zur Kasse gebeten wird. Auch die Vorstellung, dass Daimler eine Umzugsfirma bestellt, um auf die Gemarkung in Böblingen umzusiedeln, wie die Grünen befürchten, scheint mir unwahrscheinlich.

Zu 4.)

Und damit komme ich zu einigen konkreten Ansätzen des Entwurfs:

- Zwar sollen die Personalausgaben wegen Tarifierhöhungen aus 2009 insgesamt steigen (mit 1.497 Mio. € um 4%), aber dies sieht in den einzelnen Bereichen sehr differenziert aus. Warum steigen im Plan die Personalausgaben für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit um 11 T€, d. h. 8,5% (S. 143) und dagegen sinken dieselben im Rechnungsprüfungsamt um 23,7 T€, also 5,9% (S. 145)? Und dies bei selber Stellenzahl. Soll weniger geprüft werden?

- Sie wollen bei der Gebäudereinigung 1.3 Millionen durch Reduzierung von 71,64 Stellen einsparen. Damit hätte ich einen Jahresbetrag von 18.146 € pro Stelle, somit monatlich 1.512 €. Mir fehlt die Gegenrechnung für die Fremdfirma. Die müsste doch abgezogen werden. Außerdem müssten auch der zusätzliche Überwachungs- und Abrechnungsaufwand hinzugerechnet werden.
- Auch Ihre Berechnungen zu den Kitas sind nicht stimmig.
Erstens zu den Hortplätzen:
25 Kinder sind auf der Warteliste, 3 Kitas müssen Hortplätze für den gesetzlichen Anspruch von 3-jährigen umwandeln. Das ergibt bereits jetzt ein Minus von ca. 50 Hortplätzen, ohne die vorgesehene Gruppenschließung.
- Zweitens: Im Jahr 2009 soll es 4.800 Fehltage durch Krankheit, Urlaub und Fortbildung im KiTa-Bereich gegeben haben. Dies entspricht 22 Vollzeitstellen.
Die Empfehlung des KVJS lautet die Gemeinden sollten 8 % des Personals für Ausgleich solcher Fehlzeiten vorhalten, dies wären 14 Vollzeitstellen. Dies wird bisher im Stellenplan des Amtes für soziale Dienste überhaupt nicht berücksichtigt.
Bisher wurden zwar in der DV 8,5 Verfügungsstunden vereinbart, die jedoch durch die hohen Fehlzeiten nie voll gewährt wurden. Wenn die Fehltage nicht durch zusätzliches Personal ausgeglichen werden, nimmt man in Kauf, dass auch die jetzt vorgesehenen 8 Verfügungsstunden nicht genommen werden können. Sie behaupten zwar immer, wie sehr Ihnen die Kinder am Herzen liegen, aber hier geht es um Fragen der Qualität der Betreuung und Förderangebote, daher sollten wir die Kürzungen sein lassen.
- Zuletzt scheint mir auch die vorgegebene Einsparung bei Stadtgrün von 2,7 Stellen nicht realistisch. Der Abbau von Aufgaben ist nicht überprüft, der Winterdienst konnte nur unter Missachtung des Arbeitszeitgesetzes durchgeführt werden.

Es wird Sie daher nicht überraschen, wenn ich für DIE LINKE erkläre, dass ich Ihrem Entwurf nicht zustimmen kann.